

**Protokoll**  
**über die 52. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport und Schule am 08.10.2008**

**Beginn:** 17:30 Uhr  
**Ende:** 19:35 Uhr  
**Ort:** Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 1.029

**Anwesenheit**

**Vorsitzender**

Jähnig, Claus Jürgen Fraktion Unabhängige Bürger

**2. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Riedel, Georg-Christian CDU-Fraktion und Liberale

**ordentliche Mitglieder**

Haverland, Torsten CDU-Fraktion und Liberale  
Lederer, Walter Fraktion DIE LINKE  
Meslien, Daniel SPD-Fraktion  
Walther, Manfred SPD-Fraktion

**stellvertretende Mitglieder**

Aust, Joachim Fraktion DIE LINKE  
Friedrich, Claudia CDU-Fraktion und Liberale  
Kolodzik, Stefan CDU-Fraktion und Liberale  
Steinmüller, Rolf Fraktion Unabhängige Bürger

**Verwaltung**

Borsics, Marita  
Buck, Holger  
Bull, Elke  
Hamann, Heidrun  
Hinz, Rudi  
Joachim, Martina  
Müller-Görtz, Petra  
Niesen, Dieter  
Schwabe, Marita

**Schriftführer**

Credè, Norbert



6. Sonstiges

6.1. Vorschlag Sitzungskalender für den Zeitraum 01.01. bis 30.06.2008

**Nicht öffentlicher Teil**

7. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 51. Sitzung vom 10.09.2008  
(nicht öffentlicher Teil)

8. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (nicht öffentlich)

8.1. Bestellung eines Erbbaurechts an der etwa 640 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des  
6.186 m<sup>2</sup> großen Grundstückes August-Bebel-Straße 11/12, Flurstück  
115/3 der Flur 36, Gemarkung Schwerin

hier: Ergänzung zur Beschlussfassung zur Vorlage Drs.-Nr.: 01605/2007  
vom 02.07.2007

Vorlage: 02124/2008  
II / Amt für Liegenschaften

9. Sonstiges

**Protokoll:**

**Öffentlicher Teil**

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und  
Festsetzung der Tagesordnung**

**Bemerkungen:**

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Jähnig, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Er schlägt vor, aus terminlichen Gründen den Tagesordnungspunkt 5.2 vorzuziehen und vor Tagesordnungspunkt 4 zu behandeln.

**Beschluss:**

Die Tagessordnung wird mit den vorgeschlagenen Änderungen einstimmig beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 51. Sitzung vom 10.09.2008 (öffentlicher Teil)**

**Beschluss:**

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 51. Sitzung vom 10.09.2009 wird einstimmig ohne Änderung oder Ergänzung bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

**zu 3 Mitteilungen der Verwaltung**

**Bemerkungen:**

Frau Schwabe informiert über die Eröffnung der 13. Schweriner Literaturtage am heutigen Abend in der Stadtbibliothek. Das Programmheft liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Herr Niesen berichtet in bezug auf die am Goethegymnasium aufgetretenen baulichen Schadensfälle, dass inzwischen die Schulkonferenz informiert sei. Maßnahmen zur Sanierung werden schnellstens eingeleitet. Er hoffe, die Sanierung bis zu den Winterferien abschließen zu können. Da die Ausschreibungsergebnisse noch nicht vorlägen, könnten die Kosten bislang nur geschätzt werden, die Finanzierung sei aber gesichert. Im Zuge der Maßnahmen würden auch weitere Räume auf eventuelle Schadstoffemissionen geprüft.

**zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)**

**zu 4.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2009**

**Vorlage: 02242/2008**

**Bemerkungen:**

Herr **Walter** lobt die hilfreiche Darstellung der Haushaltsentwicklung in der Einführung der Vorlage, bemängelt aber, dass bei den einzelnen Haushaltspositionen gerade bei größeren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr die Erläuterungen fehlten. Außerdem wünscht er, dass der Haushalt des Staatstheaters dem Ausschuss vorgelegt werde, auch wenn die Zuständigkeit für wirtschaftliche Fragen nicht hier liege.

Herr **Niesen** sagte zu, dem Wunsch des Ausschusses entsprechend den Wirtschaftsplan des Mecklenburgischen Staatstheaters zukünftig zur Kenntnis zu geben.

**Kultur**

Frau **Schwabe** stellt den Einzelplan des Kulturbüros mit Hilfe einer medialen Präsentation vor (s. Anlage 1 zum Protokoll). Die höheren Personalausgaben 2009 beruhen nicht auf zusätzlichen Stellen, sondern seien Ergebnis von Berichtigungen und Korrekturen im Stellenplan sowie der tariflichen Auswirkungen.

## Schulen

Herr **Buck** bringt den Einzelplan Schulen mit Hilfe einer medialen Präsentation (s. Anlage 2 zum Protokoll) ein. Der Zuschussbedarf steige gegenüber 2008 vor allem wegen der Kostensteigerungen im Bereich der Gebäudebewirtschaftung. Die bedeutendste Einnahmeposition sei der Schullastenausgleich, der im kommenden Jahr noch auf dem Niveau von 2008 bleiben werde. Zukünftig sei infolge sinkender Schülerzahlen aber eine Verringerung zu erwarten. Als neue Position sei aufgrund des entsprechenden Beschlusses der Stadtvertretung die Schülerspeisung eingestellt.

Herr **Riedel** bittet um Erläuterung der steigenden Bewirtschaftungskosten trotz Schließung von Schulen und Kosten sparender Neuorganisation des Hausmeisterbereichs.

Herr **Niesen** verweist auf die steigenden Energiekosten, die 2009 nur zum Teil durch Sanierungsmassnahmen (Werner-von-Siemens-Schule, Gutenberg-Schule) oder Schulstandortkonzentrationen kompensiert werden könnten. Abgesehen von den Konzentrationsbemühungen, die gemäß Haushaltssicherungskonzept 2008-2020 konsequent umgesetzt werden sei eine Eindämmung der Bewirtschaftungskosten nur durch eine umfassende Sanierung und Modernisierung der Gebäude leistbar, was die Stadt derzeit aber finanziell überfordere. Aber selbst dann sei die Stadt weiter von Energielieferungen und damit von der Preisentwicklung am Energiemarkt abhängig.

Auf die Frage von Herrn **Walter** bezüglich der Reduzierung der Ausgaben für die Schülerbeförderung weist Herr **Buck** auf Einsparungen hin, die aus sinkenden Schülertransportzahlen und einer Änderung der Vereinbarung mit dem Nahverkehr resultierten.

Herr **Walter** bittet um Auskunft zum Stand der Beantragung eines Landeszuschusses für die Schülerspeisung.

Herr **Niesen** berichtet, dass ein Vorgespräch mit dem Bildungsministerium stattgefunden habe, nach dem die Aussichten nicht positiv einzuschätzen seien. Die Stadt werde dennoch weiter mit dem Ministerium im Gespräch bleiben und in jedem Fall auch einen Antrag stellen, der derzeit vorbereitet werde. Es werde die Entscheidung des Landes darüber abgewartet werden müssen, bevor weitere Schritte eingeleitet werden könnten. Mit dem Haushaltsansatz stünden die Eigenanteile zur Verfügung, stellte aber eine zusätzliche freiwillige Leistung dar. Vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts durch die Aufsichtsbehörde werde die Verwaltung im Fall der Ablehnung des Förderantrags gemeinsam mit der Stadtvertretung einen Weg suchen, die Schülerspeisung sicherzustellen.

Herr **Lederer** weist darauf hin, dass seitens der Landesregierung keine Neigung zu erkennen sei, die kostenlose Schülerspeisung zu fördern.

Er regt allgemein an, die Konsequenzen aus dem zurzeit im Landtag in erster Lesung verhandelten neuen Schulgesetz für die Stadt im Ausschuss zu thematisieren. Das Gesetz werde aber kaum vor Januar 2009 verabschiedet.

Herr **Niesen** bot an, den Gesetzentwurf und die Stellungnahmen der Stadt und des Städte- und Gemeindetags zur Verfügung zu stellen.

Herr **Mesliën** spricht die Senkung der Ausgaben für Lehr- und Lernmittel an, die Herr **Niesen** mit der Notwendigkeit, die Ausgaben im Budget zu begrenzen, erklärt. Die Veränderungen in der Schulstruktur und auch der Schülerzahlen wirke sich hier aus.

Herr **Lederer** bittet um eine detaillierte Aufstellung der Ausgaben, umgerechnet

auf die Schüler, die als Anlage zum Protokoll genommen wird.

## **Sport**

Frau **Joachim** bringt den Einzelplan Sport ein und erläutert die Veränderungen bei Einnahmen und Ausgaben. Die Zuschüsse an die Stadtwirtschaftlichen Dienstleistungen GmbH (SDS) stiegen vorwiegend wegen der höheren Energiekosten, nur geringfügig im Bereich der Bauunterhaltung. Bei der Bezuschussung der Eigenbewirtschaftung der Sportanlagen durch die Vereine kämen die Mehrausgaben durch die Übernahme der Komplettreinigung durch die Sportvereine zustande, die finanziell günstiger sei, als die Reinigung durch Firmen. Bei der Sportförderung gebe es keine Veränderungen.

Neu aufgenommen sei auf Grundlage des Beschlusses der Stadtvertretung der Unterabschnitt 57120 Hallenbäder, der den bisherigen Zuschuss für die FIT GmbH beinhalte. Herr **Niesen** erläutert, dass der Vertrag mit der FIT GmbH könne nur von dieser gekündigt werden könne. Er rechne damit in nächster Zeit. Die eingestellten Haushaltsmittel sollten zunächst dazu dienen, den Betrieb der Hallenbäder sicherzustellen. Erst dann könne die Umsetzung der weiteren Punkte des Stadtvertretungsbeschlusses in Angriff genommen und schließlich gemeinsam mit der Stadtvertretung ein langfristiges Konzept zum Betrieb der Bäder entwickelt werden.

Herr **Steinmüller** thematisiert als Mitglied des Ortsbeirats Schelfstadt, Werdervorstadt, Schelfwerder die Situation der Turnhalle Amtstraße, die der Sportverein »Balance e.V.« nutze. Hier stehe eine dringende Dachrinnenreparatur an. Er bittet das ZGM um Prüfung, inwieweit dafür Mittel zur Verfügung ständen und die Dachrinne zu reparieren. Herr **Dr. Kühne** sagte dies zu.

Zugleich bittet Herr **Steinmüller** um Auskunft, ob die im Haushalt 2008 veranschlagten Mittel für die Projektierung der Schwimmhalle Lankow noch zu einer Überarbeitung des inzwischen drei Jahre alten Konzepts eingesetzt werden können. Herr **Niesen** verweist auf die noch nicht erfolgte Freigabe des Haushalts; es werde aber weiter an dem Thema gearbeitet.

## **Lambrechtsgrund**

Zum Projekt Lambrechtsgrund führen Frau **Joachim** und Herr **Niesen** aus, dass 2009 die Mittel eingestellt würden, die Bestandteil der Verträge sind und dem Zahlungsplan zufolge in dem Jahr an die Betriebsgesellschaft abgeführt werden müssten. Herr **Niesen** erläutert einzelne Positionen und weist auf eine vertragliche Änderung hin, die sich im Haushaltsplan (S. 268, UA 56100, 84100) niederschläge und die Zahlung von Bauzeitinsen beinhalte. Diese ergäben sich aus einer Änderung der Gesamtfinanzierung und sei nicht disponibel.

Herr **Lederer** schlägt vor, die Haushaltsvorlage in der kommenden Sitzung am 12. November zu diskutieren. Bis dahin sollten Änderungsanträge gestellt und Fragen an die Verwaltung direkt beim Sitzungsdienst gereicht werden. Da seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch auftaucht, schlägt Herr **Jähnig** die Wiedervorlage des Haushaltsplans für den 12.11.2008 vor, was der Ausschuss einmütig billigt.

## **Beschluss:**

Wiedervorlage in der nächsten Sitzung

zu 5

**Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)**

**zu 5.1 Videoüberwachung zur Verhinderung von Vandalismus an Schweriner Schulen**  
**Vorlage: 01967/2008**

**Bemerkungen:**

Herr **Meslien** weist darauf hin, dass der Antrag dem Ausschuss bereits vorlag (47. Sitzung v. 14.05.2008, TOP 5.2) und nach dem damaligen Beschluss in Zusammenhang mit den Beratungen zum Haushalt 2009 entschieden werden solle.

Er bittet um zusätzliche Informationen über den Umfang des Vandalismus an der Bertolt-Brecht-Schule und um einen Kostenvergleich zwischen der Installation einer Video-Überwachungsanlage und der Schadensbeseitigung. Er schlägt vor, auf Grundlage dieser Information den Antrag in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Herr **Dr. Kühne** sagt die Vorlage der Aufstellung zu.

Herr **Buck** informiert, dass im Vermögenshaushalt 2009 für die Installation der Videoanlage Mittel angemeldet worden seien.

Der Ausschuss befürwortet einmütig die Vertagung auf die nächste Sitzung.

**Beschluss:**

Wiedervorlage in der nächsten Sitzung

**zu 5.2 Digitale Bibliothek**  
**Vorlage: 02226/2008**

**Bemerkungen:**

Herr **Riedel** bringt die Vorlage ein und empfiehlt die Zustimmung, da das Projekt einer »Digitalen Bibliothek«, wie das Beispiel anderer Städte zeige, zukünftig von großer Bedeutung sein werde.

Auf die Frage von Herrn **Walter**, ob die Einführung der »Digitalen Bibliothek« wie in der Vorlage dargestellt tatsächlich kostenneutral sei, stellt Frau **Hamann** dar, dass es sich bei dem Antrag zunächst um die Eröffnung der Möglichkeit der Vorbereitung des Projekts handele, die Implementierung der »Digitalen Bibliothek« sei mit Kosten verbunden, die aber erst bei der konkreten Umsetzung anfielen. Frau **Hamann** informiert auf Nachfrage von Herrn **Jähnig** über die Inhalte des Projekts und weist darauf hin, dass bei vielen Verlagen, namentlich im Schulbuchbereich oder bei Ratgebern, die Bereitstellung digitaler Bücher über das Internet bereits eingeführt sei. Für die Bibliotheken brächte die Ausleihe digitaler Bücher viele Vorteile, sie ergänze die Ausleihe gedruckter Bücher sinnvoll, werde diese allerdings nicht ablösen.

Das Projekt sei beim Land bereits angemeldet, sie hoffe auf eine Förderung der Implementierung.

**Beschluss:**

Der Ausschuss stimmt der Vorlage einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

- zu 6            **Sonstiges**  
zu 6.1        **Vorschlag Sitzungskalender für den Zeitraum 01.01. bis 30.06.2008**

**Bemerkungen:**

**Beschluss:**

Den vorgeschlagenen Sitzungsterminen 2009 wird einmütig zugestimmt.

**Nicht öffentlicher Teil**

- zu 7            **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 51. Sitzung vom 10.09.2008 (nicht öffentlicher Teil)**

**Beschluss:**

Die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der 51. Sitzung vom 10.09.2008 wird einstimmig ohne Änderungen und Ergänzungen bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

- zu 8            **Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (nicht öffentlich)**

- zu 8.1        **Bestellung eines Erbbaurechts an der etwa 640 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des 6.186 m<sup>2</sup> großen Grundstückes August-Bebel-Straße 11/12, Flurstück 115/3 der Flur 36, Gemarkung Schwerin**

**hier: Ergänzung zur Beschlussfassung zur Vorlage Drs.-Nr.: 01605/2007 vom 02.07.2007**

**Vorlage: 02124/2008**

**Bemerkungen:**

Herr **Jähnig** bittet die Gäste den Tagungsraum zu verlassen und stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her. Der Ausschuss stimmt der Anwesenheit von Herrn **Dr. Olsen**, Geschäftsführer der Baltic College GmbH, während des ersten Teils der Behandlung des Tagesordnungspunktes 8.1 (Befragung **Dr. Olsen**) zu, zu Beginn des zweiten Teil (Diskussion und Abstimmung) verlässt er die Sitzung.

**1. Fragen an Dr. Olsen**

Herr **Steinmüller** möchte wissen, warum der Eingang zu dem Neubau von der Gaußstraße eingerichtet werden solle? Er halte dies aufgrund der Enge der Straße und des Busverkehrs für gefährlich. Außerdem bittet er um Auskunft, welche Nutzung für die Turnhalle auf dem Gelände vorgesehen sei?

Nach Kenntnis **Dr. Olsens** sei der Zugang wohl eine Vorgabe. Es sei ihm aber auch Recht, wenn der Haupteingang auf der Hofseite läge. Aus Sicherheitsgründen müssten ohnehin zwei Zugänge gebaut werden. Wegen der Turnhalle verwies er auf den Standort Rostock des Baltic College, wo man sich eine Turnhalle mit Vereinen teile. Es sei dies auch in Schwerin möglich.

Herr **Riedel** fragt nach einer Nutzung des alten Gebäudes des Fridericianums. Nach Auskunft Dr. Olsens sei eine solche ursprünglich vorgesehen, aber erst nach einer Grundsanierung des Gebäudes. Dadurch wäre allerdings eine große

Zeitverzögerung entstanden, dass man die Variante eines Neubaus vorgezogen habe. Im Zuge des Anwachsens des Lehrbetriebs werde die Hochschule dann auch den Altbau in Anspruch nehmen.

Auf Nachfrage von **Riedel** bestätigt Herr **Dr. Olsen**, dass daran gedacht sei, Gelände und Gebäude gemeinsam mit dem privaten Gymnasium Ecolea zu nutzen und einen »Internationalen Bildungscampus« zu bilden.

Abschließend nimmt **Dr. Olsen** Stellung zu der geforderten historisierenden Fassadengestaltung, die im Vertrag festgeschrieben sei. Er könne sich allerdings auch ein moderne Gestaltung vorstellen und habe Beispiele vor Augen, in denen Alt und Neu auf ansprechende Weise kombiniert worden seien, u. a. das ehemalige Kloster in Rostock, das die Hochschule für Musik und Theater beherbergt. Seine Vorstellungen der baulichen Gestaltung würde er gern vorstellen, wenn erste Planungen vorlägen. Auf die Frage von Herrn **Niesen**, ob es die Möglichkeit einer bildlichen Präsentation seiner Planungen gäbe, antwortet Herr **Dr. Olsen**, dies sei nicht der Fall. Ein Architekt könne erst nach Abschluss des Erbbaurechtsvertrags beauftragt werden.

Da keine weiteren Fragen an Herrn **Dr. Olsen** vorliegen, verlässt dieser den Raum.

## 2. Diskussion

Herr **Meslien** stellt die Stellungnahme der SPD-Fraktion der Stadtvertretung vor, die beschlossen habe, die Vorlage zum Erbbaurechtsvertrag aus folgenden Gründen abzulehnen:

- 1.) Der Pachtzins sei für die exponierte Lage an der August-Bebel-Straße nicht üblich.
- 2.) Die historisierende Fassade sei nicht nur aufgrund des entsprechenden Beschlusses der Stadtvertretung notwendig, sondern vor allem, weil es sich bei der Schelfstadt um einen herausragenden Stadtteil Schwerins handle, der an sich ein Kulturgut darstelle und keine städtebaulichen Experimente vertrage.
- 3.) Der gewünschte Hochschulstandort sei nicht dauerhaft gesichert, wenn die Möglichkeit des Übergangs des Objekts an einen Investor aufgrund einer Insolvenz des Hochschulträgers bestehe.
- 4.) Mit der Einbeziehung des Gymnasiums Ecolea sei nicht mehr von einem »Hochschulcampus«, sondern von einem »Bildungscampus« die Rede. Somit würden Städtebaufördermittel und damit letztlich Steuergelder ausgegeben, um einer privaten Schule optimale Bedingungen in erstklassiger Lage zu schaffen und damit eine Konkurrenz zu den eigenen, öffentlichen Schulen zu fördern.

Herr **Riedel** unterstreicht die Begründung von Herrn **Meslien** und konstatiert, dass die Rückfallklausel im Vertrag nicht akzeptabel sei. Hinsichtlich der Fassadengestaltung verweist er auf den Stadtvertretungsbeschluss, der bindend sei.

Herr **Haverland** betont, dass der Standort als Hochschulcampus gesichert werden müsse. Auch er sehe das Heimfallrecht als gravierendes Problem.

Herr **Steinmüller** verweist darauf, dass gerade die Schaffung eines Hochschulcampus seitens des Landes als eine Besonderheit angesehen werde, wodurch eine Fördermöglichkeit des Landes begründet werde. Dem Anspruch würden der Vertrag und die Vorstellung Dr. Olsens nicht gerecht, so dass man mit der Zustimmung möglicherweise die Unterstützung des Landes riskiere.

Herr **Hinz** stellt klar, dass eine Zweckbindung der Grundstücksnutzung dauerhaft nur durch den Heimfall oder den Rückkauf gesichert werden könne. Der Investor

möchte im Insolvenzfall seine Baukosten erstattet haben, abzüglich der Abschreibungen.

Herr **Walter** schlägt vor, den Vorschlag zum Erbbaurechtsvertrag abzustimmen.

Die Fassadendiskussion sei zweitrangig. In erster Linie gelte es, über den Vertrag zu befinden. Dem schließt sich Herr **Riedel** an.

Da keine Gegenmeinung geäußert wird, ruft der Vorsitzende die Vorlage zur Abstimmung auf.

Herr **Jähmig** erklärt sich gleichzeitig als Leiter einer privaten Schule für befangen, er werde deshalb nicht an der Abstimmung teilnehmen. Er übergibt die Leitung der Sitzung an Herrn **Riedel**, seinen Sitz im Ausschuss nimmt sein Stellvertreter, Herr **Steinmüller**, ein.

Herr **Riedel** ruft daraufhin die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

Nach der Abstimmung übernimmt Herr **Jähmig** wieder seinen Sitz im Ausschuss und die Leitung der Sitzung.

**Beschluss:**

Der Ausschuss lehnt die Vorlage einstimmig ab.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	3

**zu 9      Sonstiges**

**Bemerkungen:**

Keine Wortmeldung

gez. Claus Jürgen Jähmig

---

Vorsitzende/r

gez. Norbert Credè

---

Protokollführer